Deutscher Städtetag

6|19 Städtetag aktuell

Inhalt

1-9 Im Blickpunkt
- Hauptversammlung des Deutschen Städtetages

10-18 Forum
- Dortmunder Erklärung: „Zusammenhalten in unseren Städten“
- Auszüge aus den Reden von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Ministerpräsident Armin Laschet, Markus Lewe, Helmut Dedy, Burkhard Jung
- Foren der Hauptversammlung

19 Personalien

20 Termine

Städte schaffen Zusammenhalt – lebenswerte Städte für die Menschen

Städte sind Kristallisationspunkte, hier zeigen sich gesellschaftliche Veränderungen zuerst. Unsere Stadtgesellschaften sind vielfältig, auch soziale Schieflagen und individuelle schwierige Lebenssituationen finden sich auf engstem Raum. Das braucht Zusammenhalt. Wie das gelingen kann und was Bund, Länder und Kommunen dafür einsetzen sollten, haben wir gemeinsam bei der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages drei Tage lang diskutiert. Die zehn Thesen der Dortmunder Erklärung bringen die Ergebnisse auf den Punkt. Sie finden sie in diesem Heft.

Dortmund war für das größte Treffen der Kommunalpolitik aus ganz Deutschland eine grandiose Gastgeberstadt. Vielen Dank dafür, auch an Oberbürgermeister Ullrich Sierau!

Danken will ich auch für das Vertrauen. Als neuer Präsident des Deutschen Städtetages möchte ich die Interessen der Städte vehement und hörbar vertreten. Wir müssen und werden als Städtetag weiterhin Forderungen stellen und Probleme und Sorgen der Städte formulieren. Dazu gehören auch Spitzengespräche mit der Bundespolitik, in denen wir die manchmal unbequemen Positionen der Städte artikulieren. Aber das machen wir nicht zum Selbstzweck, sondern weil wir besonders nah an den Menschen sind und ihnen lebenswerte und zukunftsfähige Städte sichern wollen.

Zentrale Basis für dieses Ziel ist eine gesicherte kommunale Finanzausstattung, die Investitionen ermöglicht und den erheblichen Investitionsstau in den Städten abbauen hilft. Große Erwartungen richten sich an den Bund, gleichwertige Lebensverhältnisse stärker voranzubringen. Wir erwarten dazu noch im Sommer handfeste Aussagen. Kernthemen der kommenden zwei Jahre werden weiter bezahlbares Wohnen, nachhaltige Mobilität, Digitalisierung und Klimaschutz sein. Hier stehen Veränderungen an, für die wir die Menschen gewinnen wollen.

Städte sollen weiter Orte von Gemeinschaft und Miteinander über Generationen hinweg sein. Lassen Sie uns nicht nur dazu miteinander im Gespräch bleiben. Ich freue mich darauf.

Burkhard Jung
Präsident des Deutschen Städtetages
Oberbürgermeister der Stadt Leipzig

Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Dortmund: Zusammenhalten in unseren Städten

„Heute ist Dortmund eine Stadt der Wissenschaft und Forschung, der Start-ups, der Informationstechnologie und der Digitalisierung und nur noch in deutlich veränderter und reduzierter Gestalt geformt von der Montanindustrie, von Kohle und Stahl und von Bierbrauereien.“ Mit diesen Aussagen zum Strukturwandel der vergangenen Jahrzehnte und der neuen ökonomischen Basis der Stadt, begrüßte der gastgebende Oberbürgermeister Ullrich Sierau die rund 1.300 Delegierten und Gäste zur 40. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Dortmund. Die 40. Hauptversammlung sei „ein kleines Jubiläum“ und Dortmund „genau der richtige Ort zum Feiern“, so Sierau weiter. „Silicon Dortmund“ habe der damalige US-Botschafter John B. Emerson in Anspielung auf das Silicon Valley die Stadt bei einem Besuch vor gut fünf Jahren genannt. Dortmund sei „eine Mitmachstadt“ in der zwischen 1980 und dem Jahr 2000 zwar rund 80.000 Arbeitsplätze verschwunden seien, in der aber auch bis heute gut 100.000 neu geschaffen worden sind.

Man setze bei der Transformation der Stadt auf Nachhaltigkeit und „westfälische Schwarmintelligenz“. Dazu gehörten ökologische Veränderungen, etwa der Umbau der Emscher von einer „Köttelbecke“ – westfälisch für offener Abwasserkanal – zu einem Naherholungsgebiet. Dazu zählten aber auch Konzepte zum Mikroklimaschutz, zur emissionsfreien Innenstadt, zu CO_2-Einsparungen und vieles mehr. Im Sozialbereich gebe es etwa den Aktionsplan soziale Stadt, mit dem in 13 Stadtteilen gegengesteuert werde gegen Kinder- und Altersarmut, oder das mit dem EPSA-Award ausgezeichnete Projekt „nordwärts“. Mit dessen Hilfe sollen die nördlichen Stadtbezirke vom Strukturwandel profitieren.

Ankunft des Bundespräsidenten bei der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages (v.l.n.r.):

Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly aus Nürnberg, Vizepräsident des Deutschen Städtetages; Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster, Präsident des Deutschen Städtetages; Bundespräsident Frank-Walter-Steinmeier; der gastgebende Oberbürgermeister Ullrich Sierau aus Dortmund; Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages.

Fotos (12): Dortmund-Agentur / Roland Gorecki

„Wir brauchen wieder mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft. Das ist nicht allein ein Thema der Städte, aber es ist ein großes Thema der Städte“, erklärte während einer Pressekonferenz am Vortag der Hauptversammlung Städtetagspräsident Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster. Er verwies damit auf das Motto der Hauptversammlung: „Zusammenhalten in unseren Städten“. Für die Städte sei es wichtig, Entwicklungen in Deutschland und ganz Europa zu begegnen, die den bisherigen Konsens zu den Werten einer freien und demokratischen Gesellschaft in Frage stellten, so Lewe. Außerdem wolle man nicht tatenlos hinnehmen, dass sich ein Teil der Menschen abgehängt fühle. „Wir in der Kommunalpolitik sind für die Menschen erster Ansprechpartner. Sie kommen mit ihren Anliegen in unsere Rathäuser, ob wir zuständig sind oder nicht. Wir wollen das Zusammenhalten in unseren Städten stärken, und wir bekennen uns zu einer vielfältigen und toleranten Gesellschaft.“ Als weitere wichtige und aktuelle Themen der Städte benannte er den Umbau der Verkehrssysteme und die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum.

„Wir müssen einer nachhaltigen, umweltfreundlichen und klimaschonenden Mobilität für alle zum Durchbruch verhelfen“, so Lewe. Nötig sei ein Gesamtkonzept von Bund und Ländern für eine nachhaltige Mobilität. Lewe verwies darauf, dass die kommunale Verkehrsinfrastruktur dramatisch unterfinanziert sei und der Investitionsstau über 38 Milliarden Euro betrage. Für eine Trendwende hin zu nachhaltiger Mobilität forderte er eine Investitionsoffensive von Bund und Ländern mit zusätzlichen Mitteln von 20 Milliarden Euro für mindestens zehn Jahre. Das wären 2 Milliarden Euro jährlich. Er betonte, dass pro Jahr in Deutschland rund 11 Milliarden Fahrgäste im ÖPNV unterwegs seien, Tendenz steigend. Im Durchschnitt transportierten Pkw nur 1,4 Menschen pro Fahrt, brauchten dafür aber die meiste Fläche pro Fahrgast, so Lewe: „Das Gesicht unserer Städte soll nicht Parkplatz oder vierspurige Straße sein. In der Konsequenz wird das heißen müssen: weniger Platz für Autos, dafür mehr Raum für die Menschen, die mit ÖPNV, dem Rad oder zu Fuß unterwegs sind.“

Zum Thema Wohnen konstatierte Lewe, dass trotz der beim Wohngipfel im Herbst 2018 ausgerufenen Wohnraumoffensive und einiger positiver Entscheidungen von Bund und Ländern vor allem in Ballungsräumen und wachsenden Städten noch immer zu wenige bezahlbare Wohnungen neu gebaut würden. Nötig wären derzeit jedes Jahr etwa 400.000 neue Wohnungen. Tatsächlich seien es im vergangenen Jahr knapp 290.000 gewesen. Um die bestehenden Probleme zu bewältigen, brauche es eine konzertierte Aktion aller Beteiligten, darunter Bund, Länder, Kommunen und Wohnungswirtschaft, machte Lewe deutlich.

Der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly aus Nürnberg, bezeichnete bei der Auftakt-Pressekonferenz den wirksamen Klimaschutz und die notwendigen Anpassungen an den Klimawandel als erhebliche Herausforderungen für die Städte. Viele Städte engagierten sich in diesen Bereichen bereits intensiv, etwa bei der Energieeinsparung, dem Einsatz von erneuerbaren Energien, bei der energetischen Gebäudesanierung, einer klimafreundlichen Bauleitplanung oder bei der Förderung umweltfreundlicher Mobilität. Die Städte begrüßten außerdem, dass das Thema mit Initiativen wie der Schülerbewegung „Fridays for future“ mehr Aufmerksamkeit bekomme bis hin zu gemeinsamen örtlichen Projekten. „Das Engagement der Städte ist stark und sie wollen noch mehr tun. Das reicht aber nicht, um die Klimaschutzziele vor Ort zu erfüllen. Damit das gelingt, müssen auch Bund und Länder sich stärker als bislang engagieren und sowohl Klimaschutz als auch Klimaanpassungsprozesse in den Städten deutlich intensiver fördern“, so Maly.

Angesichts der Größe der Aufgaben bei Klimaschutz und Klimaanpassungsprozessen erwarteten die Städte von Bund und Ländern, dass sie die Kommunen über die bisherigen Förderprogramme hinaus unterstützen und die Finanzierung von Projekten auch über längere Zeiträume sicherten. Mit Blick auf die Pläne des Bundes für ein Klimaschutzgesetz sagte Maly: „Das vom Bund geplante Klimaschutzgesetz muss einen kräftigen Schub nach vorn bringen, um den Ausstoß von Kohlendioxid zu reduzieren. Gleichzeitig müssen Bund und Länder ein möglichst ambitioniertes Maßnahmenprogramm auflegen, das soziale, wirtschaftliche und ökologische Aspekte berücksichtigt. Dabei halten wir als Städtetag einen Preis für CO_2-Emissionen für einen geeigneten und notwendigen Ansatz, um die Klimaziele schneller zu erreichen.“ Beim Thema Reform der Grundsteuer appellierte Maly eindringlich an Bund und Länder, sich endlich zu

Begrüßung des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten (v.l.n.r.): Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly aus Nürnberg, Vizepräsident des Deutschen Städtetages; Oberbürgermeister Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetages; NRW-Ministerpräsident Armin Laschet; der gastgebende Oberbürgermeister Ullrich Sierau aus Dortmund; Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages; Verena Göppert, Ständige Stellvertreterin des Hauptgeschäftsführers beim Deutschen Städtetag.

einigen: „Wenn die Reform nicht rechtzeitig gelingt, würden die Einnahmen aus der Grundsteuer ab 2020 wegfallen.“ Die Kommunen finanzieren mit den mehr als 14 Milliarden Euro Einnahmen aus der Grundsteuer viele städtische Aufgaben und Teile der Infrastruktur, wie Schulen, Kitas, Bibliotheken und Schwimmbäder. Deshalb dürften diese Einnahmen nicht gefährdet werden und müsse das Gesetzgebungsverfahren unbedingt noch vor der Sommerpause auf den Weg kommen.

Hauptredner der Hauptversammlung waren neben der Spitze des Deutschen Städtetages Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sowie der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet.

Während der Hauptversammlungstage in Dortmund diskutierten Delegierte und Gäste außerdem in fünf Fachforen (siehe auch Informationen auf Seite 18) zu folgenden Themen:

Forum A: **Städte leben Zusammenhalt – Vielfalt und Integration gehören dazu**

Forum B: **Haushalts- und Sozialpolitik nachhaltig gestalten – für Jung und Alt**

Forum C: **Gemeinsam Herausforderungen meistern – in Europa und weltweit**

Forum D: **Hochkultur und Freie Szene – Zusammenhalten im Quartier**

Forum F: **Mobilität in Stadt und Region – nachhaltig und gemeinsam**

Bundespräsident Steinmeier: Zusammenkommen und Zusammenhalten

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier lobte zu Beginn seiner Rede das Motto der diesjährigen Hauptversammlung „Zusammenhalten in unseren Städten“. Dieses Motto sei nicht nur gut gewählt für den Städtetag, es sei auch eines, das ihm in seinem Amt als Bundespräsident sehr am Herzen liege. „Nicht nebenherlaufen, nicht nebeneinanderher leben, sondern zusammenkommen und zusammenhalten“ – das sei die Botschaft, die er daraus lese.

Steinmeier betonte, wie wichtig der gesellschaftliche Zusammenhalt für die Gesellschaft sei und welche gewichtige Rolle die Städte dabei spielten. Er erinnerte an die antiken Städte als Wiege der Demokratie. Schon in der Polis hätten die Bürger auf dem zentralen Platz – der Agora – die öffentlichen Angelegenheiten – die res publica – diskutiert und über das Zusammenleben entschieden. Damals wie heute sei es dafür notwendig und wichtig, dass die Menschen miteinander im Gespräch bleiben, denn der gesellschaftliche Zusammenhalt beginne zu bröckeln, wenn das Gespräch miteinander nicht mehr funktioniert, so Steinmeier.

Zu demokratischen Prozessen gehörten seit jeher unterschiedliche Meinungen und politischer Streit, so der Bundespräsident: „Die Freiheit, die eigene Meinung zu sagen, ist konstitutiv für unsere liberale Demokratie.“ Steinmeier appellierte deshalb an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister: „Bringen Sie, so oft es geht, die unterschiedlichen Milieus und Gruppen an einen Tisch! Ob an einer Kaffeetafel oder woanders: Schaffen Sie Gelegenheiten zum Gespräch!“ Der offene Meinungsaustausch samt dem Respekt vor der anderen Meinung müsse wieder neu erlernt werden, so das Staatsoberhaupt.

Fassungslos zeigte sich der Bundespräsident über den tragischen Tod des Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke. Aus diesem aktuellem Anlass sagte Steinmeier: „Wie manche Akteure in den sozialen Medien sich über seinen Tod hermachen und Genugtuung zeigen, geradezu Beifall klatschen, das ist einfach nur zynisch, geschmacklos, abscheulich, in jeder Hinsicht widerwärtig. Und ganz ehrlich: Gerade darüber wünschte ich mir etwas mehr öffentliche Empörung, als ich sie im Augenblick feststellen kann, und Verantwortungsgefühl bei den Plattformen, die solche Hetze auch noch zu verbreiten helfen.“

Steinmeier dankte den Stadtspitzen und Kommunalpolitikern und den vielen ehrenamtlich Tätigen in den Kommunen für ihre Arbeit, ihr Engagement und die von ihnen übernommene Verantwortung. Unsere heutige repräsentative Demokratie brauche „engagierte Bürgerinnen und Bürger – nicht nur am Wahltag. Sie braucht Engagierte in kommunalen Ämtern, in Parlamenten und Ausschüssen. Sie braucht Menschen, die sich um mehr kümmern als nur um sich selbst.“ Diesen Menschen gebühre Anerkennung statt täglicher Besserwisserei und Beschimpfung. „Verleumdungen und Angriffe, Hasskampagnen und körperliche Gewalt gegen Stadt- und Gemeinderäte und gegen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind durch nichts zu rechtfertigen, so der Bundespräsident.

„Wie wird aus einem Nebeneinander- ein Zusammenleben? Und wie wird aus Zusammenleben echter Zusammenhalt?“ Nach Einschätzung Steinmeiers ist eine gute Antwort die gelebte Nachbarschaft in den Städten – sie helfe mehr als theoretische Konzepte: „Zusammen hält, wer zusammen tut!“. Gute Belege seien viele „ganz praktische Beispiele“ etwa beim „Tag des Nachbarn“ oder am „Tag der offenen Gesellschaft“. Wenn „im Hof ein paar Bierbänke zusammengeschoben werden, jeder etwas zum Essen mitbringt, man zusammensitzt und sich kennenlernt. Ich finde, von diesen ganz praktischen Formaten des Zusammenhalts brauchen wir mehr.“

Kritisch bewertete der Bundespräsident in seiner Rede die Form mancher öffentlichen Diskurse. In der heutigen, neuen, „dauererregten Öffentlichkeit“ drohten wichtige gesellschaftliche Themen immer mehr zum moralischen Kampfplatz zu werden. „Ein Hang zum moralischen Rigorismus“, der so manche wichtige Debatte in unserem Land erfasst habe, mache politische Lösungen schwieriger. Gleichzeitig wies der Bundespräsident darauf hin, dass es in den Städten und für die, „die Verantwortung in den Städten tragen“ fast immer um handfeste Problemlagen und Interessenkonflikte gehe, die nach Lösungen und auch nach Kompromissen verlangten.

Als Themen mit großem Handlungsbedarf benannte das Staatsoberhaupt den Klimaschutz, Flucht, Migration und Integration, Investitionen in Bildung und klimafreundliche Mobilität und die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum. „Ich finde, gerade der Polizist und die Busfahrerin, der Pfleger und die Erzieherin – alle die, die die Stadt am Leben halten – müssen

Die neu gewählte ehrenamtliche Spitze des Deutschen Städtetages: Neuer Präsident ist Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig (l.). Ihm zur Seite steht als Vizepräsident Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster (r.).

auch in der Stadt leben können! Da müssen wir wieder hinkommen“, so Steinmeier. Städte dürften nicht zum sozialen Kampfplatz um das Wohnen werden. „Das bedeutet: Wir müssen das Wohnen für alle Bürger bezahlbar und unsere Städte für alle lebenswert halten!“

Städtetagspräsident Lewe: Zusammenhalt in den Städten

„Sie haben uns wirklich aus dem Herzen gesprochen.“ Sichtlich bewegt bedankte sich der scheidende Städtetagspräsident, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster, zu Beginn seiner Rede beim Bundespräsidenten für dessen Worte. „Gleichwertige Lebensverhältnisse, das Megathema Wohnen und zahlreiche Gespräche im Kanzleramt und mit Bundesministerinnen und Bundesministern haben die anderthalb Jahre meiner Städtetagspräsidentschaft geprägt“, zog Lewe ein kurzes Resümee seiner Zeit an der Spitze des größten kommunalen Spitzenverbandes.

Die Städte gestalten den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sagte Lewe. Denn die europäische Stadt sei ein Kulturgut, in dem seit jeher Vielfalt gelebt werde. „Wenn Städte geschlossene Räume gewesen wären, hätten sie sich nicht weiterentwickelt. Zuwanderung ist normal und ist sozusagen das Lebenselixier für die Funktionalität von Städten“, betonte der Münsteraner Oberbürgermeister.

Der Wohnraummangel erfordere ein schnelles Handeln in den Städten: „Wir müssen bauen, bauen und bauen. Die Wohnraumoffensive muss mit mehr Tempo umgesetzt werden. Die Städte wollen dazu beitragen. Sie werden weiter Bauland mobilisieren und Nachverdichtung ermöglichen. Und zwar so, dass in guter Qualität gebaut und eine soziale Mischung der Bevölkerung in den Wohnvierteln gesichert wird“, unterstrich Lewe.

Er schlug angesichts dieser Herausforderung – aber auch bei anderen Schwerpunkten – stärkere regionale Kooperationen vor: „Wenn ich auf der Schiene schnell von A nach B komme, dann gibt es auch durchaus Leute, die wollen nicht im Zentrum wohnen, sondern können sich auch vorstellen, 30 Kilometer weiter entfernt zu wohnen – wenn sie denn schnell und ökologisch am Ziel ankommen.“ Die Verbesserung der Verkehrsverbindungen sei außerdem ein wichtiger Beitrag, um gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, und fördere zudem die Klimaschutzanstrengungen der Städte.

Das alles koste Geld. Bei den kommunalen Investitionen stießen die Städte vor allem dann an Kapazitätsgrenzen, wenn Förderprogramme zu kurzfristig gestaltet sind: „Dann muss man schnell Leute akquirieren, die die Fördermittel verbauen“, betonte Lewe. Die Folge: „Die Mittel werden nicht alle abgerufen. Der Umkehrschluss, die brauchen das Geld gar nicht, ist falsch – wir brauchen kontinuierliche Förderung.“ Außerdem rief der scheidende Städtetagspräsident zu weiteren Entlastungen von kommunalen Sozialausgaben durch den Bund aus: „Sozialausgaben, gerade von strukturschwachen Kommunen, sind nicht hausgemacht.“

Abschließend ging Lewe auf die Strategien zur Digitalisierung in den Städten und städtischer Dienstleistungen ein: „Die Digitalisierung ist etwas, was den Menschen nutzen muss. Sie muss dazu beitragen, smarte Konzepte zu entwickeln“, sagte Lewe. Die Digitalisierung dürfe kein Selbstzweck sein, sondern müsse die Lebensqualität der Menschen verbessern, denn: „Unsere Städte sind organisch, sie sind nicht starr, und unsere Städte sind immer noch Orte, in denen Menschen und keine Computer leben.“

Ministerpräsident Laschet: Städte meistern den Wandel

Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, lobte zu Beginn seiner Rede die

Leistungen der Städte in der Flüchtlingskrise. „Die Städte waren sofort in der Lage zu helfen. Die meisten haben auch nicht darüber philosophiert, ob die Religion dessen, der da kommt, zu Deutschland gehört oder nicht. Sie haben geholfen und Notunterkünfte eingerichtet. Das ‚Wir schaffen das' war eine Leistung der Kommunen, nicht derer in Berlin."

Mit dem gesellschaftlichen Wandel hätten die Städte lange Erfahrung, wie der Ministerpräsident am Beispiel des Ruhrgebietes erläuterte. „Im Ruhrgebiet hatten wir bis zum Jahre 1965 keine einzige Universität", so Laschet. „Heute zählen wir hier 300.000 Studentinnen und Studenten. Das ist der Wandel von der Industriegesellschaft in die Wissensgesellschaft, der in dieser Region vorgelebt wurde." Aktuelle Themen wie Digitalisierung und Klimawandel erzeugten Unsicherheiten, aber trotz der Größe dieser Aufgaben sei die Botschaft mit Blick auf alles, was bisher schon gemeistert worden ist: nicht verzagen und die Dinge angehen – im Zusammenhalt. Damit bildeten die Städte das Fundament Europas, fuhr Laschet fort.

Auch das Thema Klimaschutz sei bereits seit 30 Jahren als bedeutend erkannt, erläuterte der Ministerpräsident. Es habe aber auf der politischen Agenda nicht immer ganz oben gestanden. In einem Industrieland wie Nordrhein-Westfalen müsse nun neue industrielle Produktion geschaffen werden und zum Beispiel an alternativen Kraftstoffen weitergeforscht werden: „Wir werden Energie brauchen, um ein Industrieland bleiben zu können. Deshalb ist es für uns alle eine große Herausforderung, die Energiewende sozial verträglich zu gestalten." Die soziale Marktwirtschaft und die Unternehmensinteressen müssten um die ökologische Variante zu einem Dreieck erweitert werden. Nur so könne es gelingen, die Gesellschaft zusammenzuhalten.

Hauptgeschäftsführer Dedy: Ein neuer Blick auf die Stadt

„Städte sind Leben, Städte sind Vielfalt, aber Städte sind auch gelebte Interessengegensätze", betonte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, in seiner Rede. Er plädierte für einen neuen Blick auf die Stadt: Ziele ließen sich nur in einem gemeinschaftlichen Konsens der Stadtgesellschaft erreichen. „Die Stadt gehört allen, die dort leben. Das muss unser Grundsatz bleiben. Deshalb braucht es Debatten und den Streit der Meinungen. Wir müssen Probleme vor Ort benennen und dürfen sie nicht in Watte packen", so Dedy weiter. Wichtig sei es, bei aller Komplexität, Beteiligungsprozesse vor Ort herzustellen, sagte der Städtetagshauptgeschäftsführer: „Vertrauen wächst durch Beteiligung und Transparenz. Je mehr sich Menschen durch Beteiligungsprozesse mitgenommen fühlen, umso mehr vertrauen sie der Kommunalpolitik." Das hohe Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Kommunalpolitik belege auch eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung.

Eine besondere Herausforderung ergebe sich bei der politischen Kommunikation, wie sich mit Blick auf die jüngste Debatte anlässlich des Videos von YouTuber Rezo zeige. „Wir hören in der Debatte die Sprachlosigkeit der Alten gegenüber den Jungen, man kann sie mit Händen greifen. Und neben dem Video wirkt die Sprache der Politik technisch und ziemlich unbeholfen", sagte Dedy. Es sei deshalb besonders wichtig, miteinander zu reden, sowohl in digitalen Kanälen als auch in der analogen Welt.

Themen, bei denen die Städte in grundlegenden Veränderungsprozessen stehen, seien zum Beispiel Wohnen, Verkehr und Handel. Hier stießen Interessengegensätze aufeinander. „Die Angst, auf dem Wohnungsmarkt nicht mehr zum Zuge zu kommen, ist sehr ernst. Ein anderes Beispiel ist der Verkehr. Man kann zum Auto stehen wie man will. Aber die Zukunft des Verkehrs wird nicht überall im Individualverkehr liegen." Zu vielen Themen werden tagtäglich in den Städten Debatten geführt. Trotz aller Herausforderung, könnten die Städte aber optimistisch in die Zukunft blicken: „Die Städte können Transformation und Veränderung seit Jahrhunderten. Städte sind Orte gelebter Demokratie. Sie sind Ort von Gemeinschaft und Miteinander über Generationen hinweg. Wir brauchen einen neuen Blick auf die Stadt. Unser Ziel aber bleibt gleich: Wir brauchen Städte für Menschen."

Dortmunder Erklärung verabschiedet

In der „Dortmunder Erklärung", die die Delegierten am letzten Tag der Hauptversammlung verabschiedeten, haben die Städte ihren Willen und ihre Bereitschaft betont, sich den aktuellen Herausforderungen wie dem veränderten Miteinander im digitalen Zeitalter, dem Klimaschutz und nachhaltiger Mobilität sowie bezahlbarem Wohnen zu stellen. Die Städte begreifen sich als Kristallisationspunkte, in denen sich gesellschaftliche Veränderungen zuerst zeigen. Sie wollen den Zusammenhalt der Menschen stärken, ein Gefühl von Heimat geben und Politik vor Ort so gestalten, dass sie mitnimmt und nicht ausgrenzt. Wesentliche Elemente

auf diesem Weg sind, Dialog und Vertrauen zu stärken, Möglichkeiten der Begegnung und des Miteinanders zu schaffen, Zukunftschancen für alle zu entwickeln, den Verkehr neu zu denken, Wohnen als Existenzbedürfnis zu sichern, Stadt und Region stärker zusammen zu denken, die Zukunft nachhaltig zu sichern und Vielfalt in den Städten anzuerkennen sowie Integration zu fördern. Es geht darum, allen Menschen gute Zukunftschancen zu ermöglichen. Diese Aufgaben erfolgreich zu bewältigen müsse im Verbund mit Bund und Ländern gelingen.

Erstmals Städtetagspräsident aus ostdeutscher Stadt

Am Schlusstag der Hauptversammlung in Dortmund wählten die Delegierten den Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung zum neuen Präsidenten des Deutschen Städtetages. Zum Vizepräsidenten gewählt wurde der Münsteraner Oberbürgermeister Markus Lewe, der zuvor das Präsidentenamt innehatte. Jung ist seit 2006 Oberbürgermeister der Stadt Leipzig und gehört dem Präsidium des Deutschen Städtetages seit 2007 an. Seit 2013 war er bereits einer der stellvertretenden Präsidenten des Deutschen Städtetages. Lewe ist seit 2009 Oberbürgermeister von Münster und stand seit Jahresbeginn 2018 als Präsident an der Spitze des Deutschen Städtetages. Er gehört dem Präsidium des Spitzenverbandes seit 2013 an.

Der neu gewählte Städtetagspräsident Burkhard Jung bedankte sich für das Vertrauen. „Wir brauchen eine starke Stimme in Berlin“, sagte der Leipziger Oberbürgermeister nach seiner Wahl. In seiner Amtszeit werden den Städtetag besonders die Megathemen Wohnen und Verkehr sowie Klimaschutz, die kommunale Finanzausstattung und die Digitalisierung beschäftigen: „Ich bin überzeugt, wir stellen uns den Herausforderungen mit kommunalpolitischem Handwerkszeug“, so Jung: „Wir im Städtetag als Stimme der Städte werden weiterhin Forderungen stellen und Probleme und Sorgen der Städte formulieren. Das ist unsere Rolle, weil wir besonders nah an den Menschen sind und ihnen lebenswerte und zukunftsfähige Städte sichern wollen. Lassen Sie uns zusammenhalten bei der Arbeit für unsere Städte.“

Zum ersten Stellvertreter des Präsidenten wählten die Delegierten Fritz Kuhn, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart. Er amtierte bereits seit 2017 als einer der Stellvertreter und gehört seit 2012 dem Präsidium des Städtetages an.

Als weitere Stellvertreterinnen und Stellvertreter wurden gewählt: Oberbürgermeister Prof. Dr. Eckart Würzner, Heidelberg; Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, Augsburg; Oberbürgermeisterin Charlotte Britz, Saarbrücken; Oberbürgermeister Wolfgang Griesert, Osnabrück; Oberbürgermeister Dr. Ulf Kämpfer, Kiel; Oberbürgermeisterin Katja Wolf, Eisenach. Neu in diesem Amt sind Oberbürgermeister Prof. Dr. Eckart Würzner, der seit 2006 Mitglied im Präsidium ist, Oberbürgermeister Dr. Ulf Kämpfer, seit 2017 Mitglied im Präsidium, sowie Oberbürgermeisterin Katja Wolf, die seit 2016 dem Präsidium angehört.

Das Präsidium des Deutschen Städtetages vor der Präsidiumssitzung anlässlich der Hauptversammlung.

Podiumsgespräch „Echtzeitwahnsinn – Wie verändern digitale Medien die politische Diskussion?“ mit (v.l.n.r.):

Serap Güler, Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration in NRW; Hannes Ley, 1. Vorsitzender von ichbinhier e. V.; Moderator Max von Malotki, WDR 5; Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly aus Nürnberg, Vizepräsident des Deutschen Städtetages; Prof. Dr. Wiebke Möhring, Institut für Journalistik,TU Dortmund.

Mit stehenden Ovationen wurde der bisherige Vizepräsident Dr. Ulrich Maly aus diesem Amt verabschiedet. Städtetagsvizepräsident Lewe dankte ihm für sein Engagement und seine Hilfsbereitschaft, wann immer es darauf ankam. Er betonte, wie besonders wertvoll die klugen, analytischen Diskussionsbeiträge von Maly für die Arbeit des Verbandes seien, die von ihm stets auf herzliche fränkische Art eingebracht wurden. Der Nürnberger Oberbürgermeister war von 2013 bis 2015 Präsident des Deutschen Städtetages und seit 2015 Vizepräsident. Den Abschied aus diesem Amt machte er kurz: „Es war mir eine Ehre!“ Zur nächsten Nürnberger Oberbürgermeisterwahl im kommenden Jahr tritt Maly nicht mehr an. Er ist seit 2002 Oberbürgermeister seiner Heimatstadt.

Podiumsgespräch zur politischen Kommunikation über Social Media

In einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Echtzeitwahnsinn – Wie verändern digitale Medien die politische Kommunikation?“ ging es um Veränderungsprozesse in der politischen Kommunikation und beim Mediennutzungsverhalten sowie um die Wirkungen und die Glaubwürdigkeit von Politik und Medien in Zeiten von YouTube, Facebook, Twitter, Instagram und ähnlichen Portalen. Über ihre Erfahrungen und ihre Empfehlungen diskutierten: Serap Güler, Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration in NRW, Hannes Ley, 1. Vorsitzender von ichbinhier e. V., Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly aus Nürnberg und Prof. Dr. Wiebke Möhring vom Institut für Journalistik der TU Dortmund. Moderiert wurde das Gespräch von Max von Malotki, Moderator bei WDR 5. Serap Güler stellte zum Auftakt fest: „Kommunikation über Social Media ersetzt keine Wahlkampfstände, keinen direkten Bürgerkontakt, keine Bürgersprechstunde. Was Social Media aber leistet ist, dass man selbst als Sender aktiv werden kann. Man kann für die Arbeit, die man tagtäglich macht, den Wahrnehmerkreis vergrößern. Für Politiker ist das ein unverzichtbares Mittel.“

Auch Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly kennt die Notwendigkeit der Kommunikation via Social Media. So sind im Online-Büro der Stadt Nürnberg rund 20 Leute mit der Kommunikation im Netz beschäftigt. Dennoch: „Die digitalen Medien erfordern Geschwindigkeit, die wir in den Städten so oft noch nicht leisten können. Im Stressfall sind zwei Stunden für eine Antwort in den sozialen Medien zu lang. Wir müssen uns damit beschäftigen, wie wir die Erwartungen des Netzes erfüllen können und zwar in der Qualität der Städte. Das heißt: wahrheitsgemäße und rechtskonforme Antworten zu geben.“ Maly weiß aber auch, dass nicht jeder Bürger im digitalen Raum erreicht werden kann: „Bei einer Befragung von 13.000 Menschen in Nürnberg ergibt sich mitunter ein anderes Ergebnis, als das, was scheinbar von den Echokammern in den digitalen Kanälen gewollt wird.“ Klar sei: Ohne digitale Kanäle funktioniere moderne politische Diskussion auf Augenhöhe nicht, ordnete Prof. Dr. Wiebke Möhring ein: „Für 60 Prozent der Unter-24-Jährigen ist das Internet die Hauptquelle für Informationen. Für ein Drittel sogar die einzige Quelle. Wir erleben außerdem in der politischen Kommunikation im Netz, dass der Unterschied zwischen privat und öffentlich immer schwieriger wird.“

Einen weiteren Trend beschrieb Hannes Ley, 1. Vorsitzender des Vereins ichbinhier e. V., dessen Mitglieder sich unter anderem pauschalisierenden, abwertenden und aggressiven Stimmen in den Kommentarspalten des Social Webs mit sachlichen und konstruktiven Beiträgen entgegenstellen: „Große Internetplattformen haben alle eine Netiquette. Aber gegen Verstöße wird nicht ausreichend vorgegangen. Die Tonalität der Äußerungen verschiebt sich dadurch: Unsagbares wird immer mehr sagbar. Dagegen muss politisch und strafrechtlich stärker vorgegangen werden.“

Maly sagte dazu: „Die meisten Beleidigungen landen im Papierkorb. Aber Bedrohungen gehen konsequent an die Staatsanwaltschaft. Der Schutz der Mitarbeiter ist wichtig. Das Rathaus soll der offenste Ort der Stadt sein, aber es ist dafür leider immer mehr Schutz nötig.“

Ley benannte als wichtige Grundlage für die Social-Media-Kommunikation, dass sich kommunale Amtsträger eine Strategie zurechtlegen sollten. „Was will ich mit den sozialen Medien erreichen? Dialog? Aufmerksamkeit? Diskussion? Dann kann ich eine Strategie anlegen und das organisieren."

Oberbürgermeister Martin Horn, der im Frühjahr 2018 zum Oberbürgermeister von Freiburg gewählt wurde, bestätigte während der Diskussion, dass sich über die sozialen Plattformen nicht alle Bürger erreichen lassen, aber: „Social Media hat eine riesige kommunalpolitische Bedeutung. Ich kann dort zeigen, dass ich an Themen, die die Bürger an mich herangetragen haben, dran bin." Als Beispiel nannte er eine Diskussion über Postfilialen in Freiburg. „Da hat sich auch die Post erst bewegt und sich geäußert, als mein Video zum Thema auf Facebook die Runde machte."

Interfraktionelle Frauensitzung

Die interfraktionelle Frauensitzung während der Hauptversammlung in Dortmund stand unter dem Motto „Gleichstellung – ein Gradmesser für Demokratie und Zusammenhalt in den Städten". Etwa 80 Kommunalpolitikerinnen hörten zunächst einen Impulsvortrag von Judith Rahner, Bildungsreferentin der Amadeu Antonio Stiftung Berlin. Sie thematisierte das zunehmende Infragestellen von Gleichstellungsprojekten sowie die häufiger werdenden verbalen Attacken und Diffamierungen von Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Arbeit. Anschließend folgten die Teilnehmenden einer Podiumsdiskussion zu dieser Entwicklung und beteiligten sich mit eigenen Fragen und Wortbeiträgen.

Neben Judith Rahner waren mit auf dem Podium: Sonja Leidemann, Bürgermeisterin aus Witten und Vorsitzende des Frauen- und Gleichstellungsausschusses des Deutschen Städtetages, Bettina Wilhelm, Landesbeauftragte für Frauen aus Bremen, und Dr. Julia Paulus, wissenschaftliche Referentin im Referat für Frauen- und Geschlechtergeschichte am LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte in Münster.

Exkursionen ins Stadtgebiet und Einladung ins Deutsche Fußballmuseum

„Best-Practice-Beispiele" und lokale Projekte in Dortmund zu zeigen und die Stadtpolitik unmittelbar

Abendempfang der Stadt Dortmund im Deutschen Fußballmuseum.

und konkret erlebbar zu machen: Mit diesem Ansatz starteten am Nachmittag des ersten Hauptversammlungstages acht Exkursionen. Eine führte zu einem der größten Konversionsprojekte der jüngeren Dortmunder Geschichte – dem Phoenix-See als städtebauliches Ensemble aus Stadt- und Parklandschaft und zu Phoenix West – einem Technologiepark – beides entstanden auf dem Gelände rund um ein ehemaliges Stahlwerk.

Eine weitere Exkursion zeigte das Engagement der Stadt bei der Grünflächengewinnung und beim Klimaschutz und die Ergebnisse des jüngsten Flächennutzungsplanes mit der Leitidee „Grau raus – grün rein". Andere Exkursionen widmeten sich den Themen Internationalität und Zusammenhalt in der Zivilgesellschaft, dem Wissenschaftsstandort Dortmund, der Stadt als Smart City oder als Technologiestandort, aber auch als ein Ort des Strukturwandels und der Kultur und künstlerischer Kreativität.

Im Anschluss an die Exkursionen trafen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Hauptversammlung auf Einladung der Stadt Dortmund zu einem Abendempfang im Deutschen Fußballmuseum. Regionale und internationale kulinarische Kleinigkeiten, kleinere Showeinlagen rund um den Fußball sowie Musik warteten auf die Gäste und sorgten für einen gelungenen Abend mit guten Gesprächen.

Die Online-Dokumentation der Hauptversammlung in Dortmund mit Reden, Fotos, Videos und weiteren Materialien steht unter **www.staedtetag.de**. Die nächste Hauptversammlung findet im Juni 2021 in Erfurt statt.

Dortmunder Erklärung zum Abschluss der 40. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages: Zusammenhalten in unseren Städten

1. Städte für Menschen

Das tägliche Zusammenleben, die Begegnungen mit anderen in der Stadt und das Lebensgefühl der Menschen entscheiden über Identifikation und Teilhabe. Städte sind Kristallisationspunkte gesellschaftlicher Entwicklungen: Die wachsende Diversität unserer Stadtgesellschaften, soziale Schieflagen und individuelle schwierige Lebenssituationen finden sich auf engstem Raum. Das braucht Zusammenhalt.

Die Städte gestalten Politik vor Ort so, dass sie mitnimmt und nicht ausgrenzt. Sie achten auf Bildungsgerechtigkeit, auf kulturelle und sportliche Angebote, die sich alle leisten können, auf Angebote in Volkshochschulen für Jung und Alt, auf ein attraktives, nachhaltig gestaltetes Lebensumfeld, auf Viertel und Räume, auf die die Menschen stolz sein können, mit denen sie sich identifizieren. Das ist der Kern kommunaler Selbstverwaltung. Stadt ist mehr als die Summe von Aufgabenfeldern. Städte sind Ort gelebter Demokratie. Sie sind Ort von Gemeinschaft und Miteinander über Generationen hinweg. Hier sind Menschen verwurzelt, können Schutz und Sicherheit finden. Städte geben ein Gefühl von Heimat. Das alles schafft Zusammenhalt.

2. Dialog und Vertrauen

Die Stadt als Raum von Zusammenhalt steht und fällt mit der Glaubwürdigkeit der lokalen Politik. Die kommunale Ebene genießt bei den Menschen weiterhin großes Ansehen. Dies ist Bestätigung und Herausforderung zugleich. Politik muss zuhören, die Ängste der Menschen verstehen, Bedenken berücksichtigen oder entkräften, Abhilfe für Probleme schaffen, gute Initiativen und Ideen der Menschen aufnehmen und mit ihnen umsetzen. Auf der kommunalen Ebene spüren und fordern die Bürgerinnen und Bürger diesen Auftrag zuallererst. Kommunalpolitik kann und muss Zugang zu den Menschen finden und Antworten geben. Die Kommunen sind gefordert, die ökonomische, soziale, ökologische und kulturelle Zukunft mitzugestalten. Gefühlen von Entfremdung kann nur mit Vertrauen in und mit Redlichkeit von Politik begegnet werden. Unser Konsens zu den Werten einer freien und demokratischen Welt ist Grundlage und Anker. Alle gesellschaftlichen Gruppen und politischen Ebenen sind aufgerufen, für die Stärkung von Toleranz und demokratischen Werten einzutreten.

3. Begegnung und Miteinander

Der öffentliche Raum prägt das Bild der Stadt. Als Raum für Begegnung und Austausch, als Raum sozialer und kultureller Vielfalt und als Raum von Freiheit und Sicherheit ist er für unser gesellschaftliches Leben unverzichtbar. Die Ansprüche der Menschen an die Gestaltung der öffentlichen Orte und Plätze wachsen. Eine Politik, die Miteinander und Begegnung in der Öffentlichkeit ermöglicht, gehört zum Kernbereich der Daseinsvorsorge. Eine gerechte Verteilung, der sichere Zugang, die flexible Nutzbarkeit und gute Gestaltung öffentlicher Räume erfordert zunehmend einen neuen Blick. Lebensqualität für alle Menschen muss das Ziel sein.

4. Zukunftschancen gewährleisten

Unser Land muss Lebensqualität und Zukunftschancen für alle Menschen sicherstellen, egal an welchem Ort sie leben. Die Menschen müssen Verbesserungen vor Ort spüren, damit gleichwertige Lebensverhältnisse näher rücken. Städte ermöglichen Zusammenleben und schaffen Zusammenhalt. Eine gute Basis für ihre Zukunft muss gesichert werden. Zentral ist eine gesicherte kommunale Finanzausstattung, die Investitionen ermöglicht und den erheblichen Investitionsstau in den Städten abbauen hilft. Wichtige kommunale Einnahmequellen, wie die Grundsteuer, dürfen nicht gefährdet werden. Strukturschwache Städte und Regionen brauchen zielgenaue Hilfen. Die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur sollte deutlich ausgeweitet werden.

Altschulden erdrücken die Gestaltungsmöglichkeiten der betroffenen Städte. Hier brauchen die Städte Hilfe. Für die finanzschwachen Länder, die nicht allein ein Altschuldenprogramm auflegen können, wird der Bund Entschuldungs- und Konsolidierungsprogramme unterstützen müssen. Kommunale Eigenanstrengungen sind selbstverständlich. Trotz allem bleibt das Problem der ständig steigenden, nicht steuerbaren Sozialausgaben.

Wir brauchen deshalb weitere Entlastungen. Ein Weg wäre, dass der Bund den Kommunen über eine höhere Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten nach dem SGB II hilft. Das würde gerade Kommunen mit hohen Sozialausgaben helfen und es strukturschwachen Städten erleichtern, Altschulden zu reduzieren.

Zukunftschancen und Chancengleichheit fangen bei der frühkindlichen Bildung an. Sie ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Ob bei dem weiterhin erforderlichen Aufbau und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung oder bei einem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder: der Bund und die Länder müssen die Finanzierung dauerhaft sicherstellen. Ein Rechtsanspruch auf ganztägige verlässliche Bildung muss dort angesiedelt werden, wo er fachlich und organisatorisch hingehört: im Schulrecht der Länder und nicht in einem Bundesgesetz.

5. Verkehr neu denken

Damit die Städte zukunftsfähige und lebenswerte Orte bleiben, muss sich die Mobilität in den Städten deutlich nachhaltiger entwickeln. Die verfügbare Fläche muss neu aufgeteilt werden. Es gilt, öffentliche Räume wieder vermehrt zu Begegnungsflächen zu entwickeln und vom Auto zurückzugewinnen. Carsharing-Angebote, Mietradsysteme oder E-Roller werden traditionelles Verkehrsverhalten verändern. Busse und Bahnen aber müssen als Rückgrat des städtischen Verkehrs attraktiv bleiben und auf die zunehmende Nachfrage reagieren können. Entscheidend ist, ein Gesamtkonzept für nachhaltige Mobilität auf den Weg zu bringen. Wir brauchen einen leichteren Wechsel zwischen den Verkehrsarten. Die Verkehrswende muss deutlich an Fahrt gewinnen. Die Fußgänger-, Fahrrad- und ÖPNV-Mobilität muss um- und ausgebaut und in Teilen saniert und ertüchtigt werden. Damit eine Verkehrswende hin zu nachhaltiger Mobilität angeschoben werden kann, ist eine Investitionsoffensive von Bund und Ländern mit zusätzlichen Mitteln von 20 Milliarden Euro verteilt auf zehn Jahre notwendig.

Eine Verkehrswende braucht es allein schon aus Klimaschutzgründen. Für Diesel-Pkw bleibt eine Hardware-Nachrüstung zwingend nötig. Das Sofortprogramm der Bundesregierung für saubere Luft muss auf längere Sicht fortgeführt werden und alle Städte einbeziehen, die den Stickoxidgrenzwert überschreiten. Klimaschutz darf kein unbequemes Nischenthema bleiben.

6. Wohnen ist Existenzbedürfnis

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist Daseinsvorsorge und darf nicht allein dem Markt überlassen werden. Die soziale Wohnraumförderung bleibt in den kommenden Jahren elementar. Es kommt darauf an, den Wohnungsbau zu erleichtern, den Mangel an Bauland zu beheben und den Anstieg von Preisen bei Bauland, Baukosten und Mieten zu dämpfen. Entscheidend ist eine nachhaltige, gemeinwohlorientierte Bodenpolitik. Die Städte werden weiter Bauland mobilisieren und verdichten müssen, aber so, dass Bauten mit Qualität entstehen und eine soziale Mischung der Bevölkerung in Wohnvierteln gesichert wird. Die Kommunen sollten wieder aktiv Grundstücke kaufen und erschließen sowie die lokale Bodenpolitik gemeinwohlorientiert steuern können. Die Festlegung von Baugeboten für bestimmte Gebiete wäre dabei ein hilfreiches Instrument, um baureife Grundstücke für den Wohnungsbau nutzbar zu machen. Instrumente des Mietrechts, wie die Mietpreisbremse oder ein effektiv auszugestaltender § 5 Wirtschaftsstrafgesetz, brauchen qualifizierte Mietspiegel, die in ihrer öffentlichen Akzeptanz und Rechtssicherheit gestärkt werden.

7. Die Stadt in ihrer Region

Stadt und Land sind keine Gegensätze. Sie gehen ineinander über und ergänzen einander. Zukunftsfähige Städte brauchen strategische Partnerschaften und Allianzen in der Region. Planungsverbünde, verstärkte Kooperationen sowie verbesserte und verbindlichere Formen interkommunaler Zusammenarbeit werden zunehmen. Die Städte gehen neue Wege bei der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben und der Leistungserbringung für die Bürgerinnen und Bürger. Viel Potenzial für bessere Lösungen bei Wohnen und Verkehr ergibt sich, wenn wir die Städte stärker als bislang in ihren Regionen denken.

8. Städte für Zukunft

Die ideale Stadt ist integrativ, vielfältig, nachhaltig und sozial ausgeglichen. Die Urbanisierung zu gestalten und die Lebensqualität der Menschen sicherzustellen, sind die großen sozialen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen der Zukunft. Auf diese Herausforderungen müssen wir als Städte – nicht nur in Deutschland – Antworten finden.

Die Städte wissen um die Bedeutung des Klimaschutzes. In jeder Stadt gibt es Möglichkeiten, noch stärker zum Erreichen der Klimaziele von Paris beizutragen. Es gilt, die Akzeptanz in der Bevölkerung für die notwendigen Schritte zu fördern. Es geht etwa darum, eine Verkehrswende, einen verstärkten Ausbau erneuerbarer Energien und größere Anstrengungen bei der energetischen Gebäudesanierung sowie eine stärkere Berücksichtigung von Klimaschutzkriterien bei der Bauleitplanung zu erreichen. Auch eine Bepreisung von CO_2-Emissionen ist ein geeigneter und notwendiger Ansatz. Die Städte weisen darauf hin, dass all ihre Klimaschutzbemühungen an Grenzen stoßen, wenn Bund und Länder nicht ihren Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten.

Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen stellen einen Handlungsrahmen auch für deutsche Städte dar. Wir wollen einen Beitrag leisten, die für die deutschen Städte bedeutsame Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt von 2007 zu einer Leipzig-Charta 2.0 zu machen. Hier geht es noch stärker als bisher um den sozialen Zusammenhalt in den Städten und Regionen Europas, das Mitdenken der Konsequenzen unserer Entscheidungen und Investitionen auf globaler Ebene, die Änderung von Mobilitätsmustern und um einen wirksamen Klima- und Umweltschutz. Dazu gehören Grundsätze für eine nachhaltige Beschaffung, ressourcenschonendes Bauen und Unterstützung lokaler Projekte genauso wie Klimaanpassungsstrategien für die Raumgestaltung.

9. Vielfalt ist das Gesicht der Städte

Zugewanderte sind seit Jahrzehnten Teil unserer Gesellschaft. Diese Vielfalt ist eine Bereicherung für unsere Städte. Integration gelingt, wenn Zugewanderte und Aufnahmegesellschaft gleichermaßen in den Blick genommen werden. Die Integration von Flüchtlingen ist eine Daueraufgabe. Der Bund hat zugesichert, die Flüchtlingskosten weiter mitzufinanzieren. Darauf legen die Städte größten Wert. Deshalb darf der Bund seine Finanzhilfen in den nächsten drei Jahren nicht senken. Er muss sich auch in Zukunft maßgeblich an den Flüchtlingskosten der Länder und Kommunen beteiligen. Außerdem ist auch für geduldete Flüchtlinge, die nicht so schnell in ihre Heimat zurück können, Integration nötig. Die Städte erwarten, dass sie auch bei dieser Aufgabe nicht alleine gelassen werden.

10. Städte im Aufbruch

Die Digitalisierung verändert das Zusammenleben der Menschen, das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und Staat sowie das persönliche Empfinden der Menschen in einer bislang unbekannten Art und Weise. Die Städte sind gefordert, Orientierung und Antworten zu geben. Es braucht Mut und Vertrauen aller, neue Wege zu gehen und alte Gewohnheiten zu überwinden. Digitalisierung ist mehr als nur Online-Erreichbarkeit von Verwaltungen. Es geht um die Qualität unserer Abwägungs- und Entscheidungsprozesse, um die Anforderungen digitaler Kommunikation mit der Bürgerschaft, um digitale Resilienz bis hin zur Frage der E-Partizipation. Wir müssen die Smart City-Möglichkeiten dort nutzen, wo sie Effizienzvorteile bieten und das Angebot der Daseinsvorsorge verbessern. Nicht alles, was technisch machbar ist, muss auch politisch sinnvoll sein. Digitalisierung ist dort wichtig, wo sie uns hilft, unsere politischen Ziele besser zu verwirklichen, etwa bei der Bildungsgerechtigkeit. Die Rathäuser und Ämter sind und bleiben offene Orte für persönlichen Kontakt und Beratung. Digitalisierung braucht vor allem aber zukunftsfeste Telekommunikationsnetze. Der Bund muss seine Zielsetzung einhalten, bis zum Jahr 2025 flächendeckend Gigabit-Netze zu schaffen. Für die Städte sind sie zentraler Standortfaktor.

Blick ins Plenum der 40. Hauptversammlung in Dortmund.

Frank-Walter Steinmeier: Wir brauchen mehr Wir-Gefühl in den Städten

Auszüge aus der Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 5. Juni 2019 während der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages. Zwischenüberschriften wurden von der Redaktion eingefügt. Die vollständige Rede als Text und Video-Mitschnitt unter www.staedtetag.de.

Zusammenkommen und zusammenhalten – das ist die Botschaft

(…) „Zusammenhalten in unseren Städten“. (…) ein gutes Motto für diesen Städtetag! Und ein Motto, das dem Bundespräsidenten natürlich sehr am Herzen liegt! (…) Ich will, dass wir miteinander im Gespräch bleiben. Unsere Demokratie hält unterschiedliche Meinungen und politischen Streit aus – mehr noch: Sie braucht beides. Aber der gesellschaftliche Zusammenhalt beginnt zu bröckeln, wenn das Gespräch miteinander nicht mehr funktioniert. (…) Mein Appell an Sie, liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister: Bringen Sie, so oft es geht, die unterschiedlichen Milieus und Gruppen an einen Tisch! Ob an einer Kaffeetafel oder woanders: Schaffen Sie Gelegenheiten zum Gespräch! Den offenen Meinungsaustausch samt dem Respekt vor der anderen Meinung müssen wir wieder neu lernen. Das ist mein Anliegen, und ich weiß (…), dass ich mit Ihnen dafür starke Verbündete an meiner Seite habe. Dafür meinen herzlichen Dank! (…)

Kommunen wie ein Brennglas

Bei meinen Besuchen in Deutschlands Städten war ich dort, wo es gut läuft, und dort, wo es viel zu tun gibt. An den sogenannten Brennpunkten und bei den Postkartenmotiven. Eines habe ich immer wieder gespürt: In den großen Kommunen schlagen gesellschaftliche Herausforderungen mit voller Härte auf. Sie sind wie ein Brennglas. Dort zeigt sich früher und heftiger, was unser Land als Ganzes beschäftigen wird. Viele von Ihnen werden das in den vergangenen Jahren wahrgenommen haben: Das Spannungs- und das Spaltungspotenzial in den Städten ist größer geworden. Und das nicht nur bei der Integration. Beispiel Wohnen: Mieter gegen Eigentümer, Alteingesessene gegen Zugezogene. Beispiel Verkehr: Autofahrer gegen Fahrradfahrer, Fahrradfahrer gegen Fußgänger – manche schlagen die Hände über dem Kopf zusammen: Jetzt kommen auch noch Elektroroller dazu. (…)

Städte sind Treiber der Demokratie

Politik in der Stadt (…) gelingt nur, wenn alle Seiten vom Podest der moralischen Überlegenheit herabsteigen.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

Sie gelingt nur, wenn wir Zielkonflikte erstens anerkennen und zweitens zu überbrücken versuchen: zum Beispiel zwischen Klimaschutz und bezahlbarer und sozial gerechter Mobilität; oder zwischen dem Bedürfnis nach Freiraum in den Städten und dem Bedarf nach mehr Wohnraum; oder zwischen energieeffizientem und kosteneffizientem Bauen. Und vor allem: Gesellschaftspolitik gelingt nur, wenn das Wörtchen „Kompromiss“ nicht zum Schimpfwort wird! (…)

Wohnen für alle Bürger bezahlbar halten

Der Wohnungsmarkt ist kein Casino, und das Dach über dem Kopf kein Spielchip! Wenn Mieten deutlich schneller steigen als die Einkommen, wenn Normalbürger sich keine normale Wohnung mehr leisten können, wenn alteingesessene Mieterinnen und Mieter wegen Luxussanierungen ihre Wohnungen verlieren, dann gefährdet das bei vielen das Grundvertrauen in unsere soziale Marktwirtschaft! Dann gerät auch das Vertrauen in die Leistungskompetenz von demokratischer Politik in Zweifel. (…)

Demokratie starken Anfechtungen ausgesetzt

Zu viele Menschen, das höre ich immer wieder bei Begegnungen, haben den Eindruck, dass die große Politik zu weit weg ist von den Bedürfnissen der Menschen. Sie, meine Damen und Herren, sind nah dran. Bei Ihnen, in den Rathäusern und den Amtsstuben, landen die Probleme auf dem Tisch – auch wenn Sie bisweilen gar nicht zuständig sind. Sie tragen eine große Verantwortung auf Ihren Schultern.

Als Bundespräsident sage ich Ihnen: Unser Land ist Ihnen dankbar, dass Sie sich dieser Verantwortung stellen. Dass Sie den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort Perspektiven geben und der Demokratie ihr Fundament gießen. Dafür haben Sie unsere Hochachtung und unseren Respekt verdient.

Armin Laschet: Weltpolitik ist in jeder Kommune spürbar

Auszüge aus der Rede des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, am 5. Juni 2019 bei der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages. Den vollständigen Video-Mitschnitt finden Sie unter www.staedtetag.de.

Flüchtlingskrise – Kraft der Kommunen

Armin Laschet, NRW-Ministerpräsident

Die Flüchtlingskrise erforderte alle Kraft, alle Intensität der Politik. Das ist – bei all den Schwierigkeiten, die es gab – extrem erfolgreich gelungen. Die Städte waren sofort in der Lage zu helfen. Die meisten haben auch nicht darüber philosophiert, ob die Religion dessen, der da kommt, zu Deutschland gehört oder nicht. Sie haben geholfen und Notunterkünfte eingerichtet. Das „Wir schaffen das“ war eine Leistung der Kommunen, nicht derer in Berlin. Hier wurde plötzlich Weltpolitik in jeder Kommune spürbar.

Von der Industrie- zur Wissensgesellschaft

Das Ruhrgebiet hat einen Wandel mit einer besonderen Dynamik vollzogen. Im Ruhrgebiet hatten wir bis zum Jahre 1965 keine einzige Universität. Die Universitäten waren an den alten Orten, Aachen, Bonn, Köln Münster. Hier im Ruhrgebiet war die Industrieregion. Heute zählen wir hier 300.000 Studentinnen und Studenten. Das ist der Wandel von der Industriegesellschaft in die Wissensgesellschaft, der in dieser Region vorgelebt wurde. Neue Arbeitsplätze, auch industrielle Arbeitsplätze entstehen aus Wissen. Damit wird aus einer Industrieregion neue Arbeitskraft geschaffen – in einer Region, die vor 50 Jahren unter ganz anderen Voraussetzungen Teil des deutschen Wirtschaftswunders war.

Fragile Zeiten

Es gibt viele Unsicherheiten. Wie schaffen wir die Digitalisierung? Wie gehen wir mit der Klimaveränderung um? Was werden Bund, Land und Kommunen in diesen Punkten leisten müssen? Riesige Fragen, die vor uns liegen. Aber wir haben auch schon eine Menge erfolgreich gemeistert (…). Es gibt die klare Ambition, dass man diese Herausforderungen angehen kann und sie gestaltbar sind, wenn wir gemeinsam daran weiterarbeiten. Und deshalb ist eine Botschaft, trotz der Größe der Aufgaben nicht zu verzagen und die Dinge anzugehen, im Zusammenhalt.

Außenpolitik der Kommunen ist Fundament Europas

Das Positive an dieser Wahl war die hohe Wahlbeteiligung, und dass es ein proeuropäischer Sonntag geworden ist. Dieser 26. Mai 2019 hatte die Botschaft: Egal worüber wir parteipolitisch streiten (…), dieses europäische Projekt lassen wir uns nicht kaputt machen, dafür werden wir kämpfen. Genau dieser europäische Gedanke wird auch konkret in den Kommunen gelebt. Bei uns im Westen über die Grenzen hinweg, ebenso in den Städten, die mitten im Land liegen, gibt es viele europäische Aktivitäten (…). Diese Außenpolitik geht nur aus den Kommunen heraus. Sie ist das Fundament, auf dem das europäische Projekt aufgebaut ist und sein wird.

Klimaschutz, Strukturwandel und Marktwirtschaft

Klimaschutz ist seit 30 Jahren als bedeutendes Thema erkannt und wichtig. Aber er hat auf der politischen Agenda nicht immer ganz oben gestanden. Dazu muss man verstehen und erklären, was wir uns in Deutschland alles vornehmen. Wir haben die Absicht, in dieser Region in Nordrhein-Westfalen Industrieland zu bleiben – mit neuer industrieller Produktion. Wir müssen trotzdem in die Richtung gehen, aber auch an alternativen Kraftstoffen weiterforschen. Wir müssen auch die Wasserstofftechnologie im Blick haben. Hier bedarf es einer breiten Aufstellung. In der politischen Debatte müssen wir davon wegkommen, dass nur die eine Technologie gut ist und eine andere böse (…). Wir werden Energie brauchen, um ein Industrieland bleiben zu können. Deshalb ist es für uns alle eine große Herausforderung, die Energiewende sozial verträglich zu gestalten. (…) Eine Gesellschaft hält man nur schwer zusammen, wenn die Meinungen und Richtungen weit auseinandergehen. Gerade in der Klimafrage, in der die einen leugnen, dass es den Klimawandel gibt, die anderen drängen, wir müssten noch schneller werden. Deshalb muss es unser Kunststück sein, die alte, soziale Frage, die wir in Deutschland gelöst haben, zu erweitern. Sodass soziale Marktwirtschaft und Unternehmensinteressen in eine neue Kooperationskultur übergehen, indem wir beides um die ökologische Variante erweitern und ein Dreieck herstellen.

Markus Lewe: Zusammenhalt in den Städten

Auszüge aus der Rede von Städtetagspräsident Markus Lewe am 5. Juni 2019 während der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages. Die vollständige Rede als Text und Video-Mitschnitt unter www.staedtetag.de.

Zusammenhalt vor Ort

Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetages

Wir gestalten Stadtpolitik so, dass sie mitnimmt und nicht ausgrenzt. Wir achten auf Bildungsgerechtigkeit, auf kulturelle Angebote, die sich jeder leisten kann, darauf dass die Kinder in unseren Städten schwimmen lernen und Fußball spielen können, auf Angebote in unseren Volkshochschulen für Jung und Alt, auf ein attraktives Lebensumfeld, auf Viertel und Räume, auf die die Menschen stolz sein können, mit denen sie sich identifizieren. Das alles macht Kommunalpolitik. Das alles schafft Zusammenhalt. (…)

Vielfalt und Integration gehören dazu

Wir brauchen eine Infrastruktur dafür, dass geflüchtete Menschen in unseren Städten nicht nur einfach leben oder ein Dach über dem Kopf haben, sondern (…) ein Stück zu Hause. Ich bin dankbar dafür, dass uns die Koalition zugesichert hat, die Flüchtlingskosten weiter mitzufinanzieren. Da legen wir allergrößten Wert drauf, aber es wäre nicht akzeptabel, wenn der Bund seine Finanzhilfen in den nächsten drei Jahren von derzeit 4,7 Milliarden Euro pro Jahr auf 1,3 Milliarden Euro senken würde. (…) Natürlich haben wir alle in unseren Städten auch geduldete geflüchtete Menschen und auch die müssen integriert werden. Für diese Menschen zahlt der Bund den Kommunen im Moment keinen einzigen Cent. Auch das ist eine Aufgabe, wo der Bund sich engagieren sollte.

Kommunale Finanzausstattung

Es kann nicht richtig sein, dass gerade strukturschwache Städte die wenigsten Mittel für gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Verfügung haben. (…) Auch neue Rechtsansprüche führen zu höheren Ausgaben, der Ausbau der Kinderbetreuung ist hier das prominenteste Beispiel. Es darf nicht sein, dass Bund oder Länder sich politisch damit schmücken, die Rechnung aber an die Kommunen weitergereicht wird: Wer bestellt, der muss auch bezahlen. (…)

Frühkindliche Bildung, Kita und Schule, Ganztagsbetreuung

Es ist ein großer Erfolg, dass die Städte seit 2006 die Zahl der Betreuungsplätze von 291.000 auf 790.000 fast verdreifacht haben. (…) Bis zum Jahr 2022 stellt der Bund insgesamt 5,5 Milliarden Euro für Qualitätsverbesserungen in der Kindertagesbetreuung zur Verfügung. Wir fordern: Die Finanzierung von Qualitätsmaßnahmen darf nicht nur ein Strohfeuer sein, sondern muss langfristig geregelt werden. (…) Was die Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter angeht: (…) Es ist eine pädagogische Aufgabe. Und es liegt aus unserer Sicht auch im föderalen System in der Zuständigkeit der Länder und ist damit auch im Schulrecht der Länder zu verankern. (…) Jedenfalls werden neben dem verbesserten Angebot bereits bestehender Ganztagsangebote vor allen Dingen neue Betreuungsplätze für mindestens 280.000 Kinder benötigt. Die zwei Milliarden Investitionskosten des Bundes werden bei weitem nicht ausreichen. (…)

Wohnen für alle

Wie kann man dazu beitragen, dass Wohnen in der Stadt für alle möglich ist? (…) Wir können das nur bewerkstelligen in einem konzertierten Ansatz von Bund, Ländern, Kommunen, Wohnungsimmobilien, Bauwirtschaft, Stadtplanung und Architektur. (…) Der Deutsche Städtetag ist dem Bund deshalb außerordentlich dankbar, dass er durch die Änderung des Grundgesetzes über das Jahr 2019 hinaus auch in der Verantwortung beim sozialen Wohnungsbau bleibt. (…) Wir müssen bauen, bauen, bauen und das preiswert und gut, bei vernünftiger städtebaulicher Qualität. (…)

Mobilität neu aufstellen

Dieses Jahr 2019 muss ein Jahr der Mobilitätswende sein. Was die Aufrechterhaltung einer Pkw-Infrastruktur alleine an Aufwand kostet, dann schreit es doch gerade danach, die Leute nicht zu erziehen, aber zu bewegen durch vernünftige Angebote (…), die Leute runterzuholen vom Auto und zu sagen: Es macht auch Spaß andere Verkehrsmittel zu benutzen! Dann haben wir erhebliche Lebensqualität in unserer Stadt gewonnen und den Klimaschutz haben wir auch noch deutlich damit angespornt.

Helmut Dedy: Ein neuer Blick auf die Stadt

Auszüge aus der Rede des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, am 6. Juni 2019 bei der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages. Die vollständige Rede als Text und Video-Mitschnitt unter www.staedtetag.de.

Stadt bedeutet Auseinandersetzung

Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages

Städte sind Leben. Städte sind Vielfalt. (…) Städte für Menschen sind aber auch Städte mit Konflikten. Die Lebensentwürfe der Menschen sind ausgesprochen unterschiedlich und die Frage, die sich daran anknüpft, heißt dann: Wem gehört die Stadt? (…)

Die Ziele der lebenswerten Stadt sind relativ schnell gesagt, der Weg dahin ist nicht ganz so einfach. (…) Die Ziele müssen Ziele der Stadtgesellschaft werden. Und diese Stadtgesellschaft ist natürlich alles andere als homogen, das erleben Sie jeden Tag. Eltern oder kinderlos, Hochhaus oder Eigenheim, S-Bahn-Anlieger oder Waldrand, Clubgänger oder Ruhebedürftige – wir haben ganz unterschiedliche Interessenlagen. Und wir sagen immer: Die Stadt gehört allen. Das muss der Grundsatz bleiben. (…)

Das Image der Kommunalpolitik

Je näher die Politik an den Menschen ist, desto stärker ist das Vertrauen ausgeprägt. Wir haben eine Vertrauensleiter über die politischen Ebenen. Europapolitik, Bundespolitik, Landespolitik, Kommunalpolitik. Die Werte für die Kommunalpolitik sind mit Abstand die besten. (…) Je mehr sich Menschen durch Beteiligungsprozesse mitgenommen fühlen, umso stärker ist das Vertrauen in Politik. Jetzt sind Beteiligung und Transparenz steinige Wege, das wissen wir alle. Aber es ist vielleicht die einzige Chance, die Menschen mitzunehmen beim Ausgleich der Interessen, beim Ausgleich unterschiedlicher Meinungen.

Kommunikation als Herausforderung

Wenn wir über Beteiligung reden, dann reden wir immer auch über Kommunikation. Kommunikation verändert sich gerade ganz grundlegend. Sie kennen Rezo wahrscheinlich. Wahrscheinlich kannten die meisten von uns hier im Raum ihn vor drei Wochen noch nicht. (…) Wir hören in der jetzigen Debatte, die nach dem Video stattgefunden hat und noch stattfindet, die Sprachlosigkeit zwischen Alten und Jungen. Wir hören die Sprachlosigkeit zwischen Generationen. (…) Gegen Sprachlosigkeit hilft nur das Gespräch. (...) Wir müssen miteinander reden. (…) Die politische Kommunikation ist die große Herausforderung unserer Demokratie.

Wem gehört die Stadt?

Ich aber möchte zurückkommen zum Ausgangspunkt. Interessengegensätze waren der Ausgangspunkt. Wenn man sich damit auseinandersetzt, dann geht es immer darum, wie findet man einen Ausgleich. Und auch da wieder diese Frage: Wem gehört die Stadt?

Beispiel Wohnen: Man muss die Debatten über Enteignungen oder Baugebote nicht hilfreich finden. Man kann sie auch falsch finden oder Gegenhaltungen dazu haben. Aber die Angst, auf dem Wohnungsmarkt nicht mehr zum Zuge zu kommen, diese Angst ist ausgesprochen real. Das ist kein akademisches Thema, da hängen Schicksale dran. (…)

Zweites Beispiel – Verkehr: Auch da kann man zum Auto stehen wie man will. Aber die Zukunft unseres Verkehrs wird nicht überall im Individualverkehr liegen können. Das ist völlig klar. Aber das ist auch gar nicht mehr so umstritten. Das Thema Verkehrswende ist bei uns im Städtetag inzwischen breiter Konsens. (…)

Ein neuer Blick auf die Stadt

Alle Städte stehen unter Veränderungsdruck. Die Themen Digitalisierung, Plattformökonomie, künstliche Intelligenz, die verändern natürlich das Miteinander ganz dramatisch. Städte können das. Städte können Transformation und Veränderung. Das können Städte seit Jahrhunderten. Und wir im Deutschen Städtetag können sie dabei unterstützen – fachlich fundiert, seriös, meinungsstark und eben als Stimme der Städte. (…) Wir brauchen einen neuen Blick auf die Stadt. Wir bleiben aber bei unserer Zielsetzung: Wir brauchen Städte für Menschen.

Burkhard Jung: Zukunftsthemen der Städte

Auszüge aus dem Schlusswort des neuen Städtetagspräsidenten Burkhard Jung am 6. Juni 2019 zum Abschluss der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages. Das vollständige Redemanuskript finden Sie unter www.staedtetag.de.

Große Aufgaben liegen vor uns. Da sind die Megathemen Wohnen und Verkehr und – wie könnte es anders sein – auch über die kommunale Finanzausstattung und die Digitalisierung werden wir reden müssen. (…)

Burkhard Jung, neu gewählter Präsident des Deutschen Städtetages

Wohnungsbau beschleunigen

Ein Hebel allein reicht natürlich nicht aus, um zu mehr bezahlbaren Wohnungen zu kommen: Wohnungspolitik ist Bodenpolitik: Wir brauchen einen erleichterten Zugriff der öffentlichen Hand und insbesondere der Kommunen auf Bauflächen. Wohnungspolitik ist Förderpolitik: Einem weiteren Abschmelzen von preisgünstigen Wohnungsbeständen kann nur durch erhebliche Förderung durch Bund und Länder beigekommen werden. Wohnungspolitik ist Baupolitik: Gutes und schnelles Bauen muss wieder zur Normalität werden. Wohnungspolitik ist Mieterschutz: Wir müssen auf überzogene Mietenanstiege und quartiersbezogene Verdrängung reagieren. Wohnungspolitik ist Klimaschutz: Mehr wirkungsbezogene energetische Sanierungen im Gebäudebestand sind notwendig.

Verkehr und Mobilität der Zukunft

Wir müssen im Verkehr viel stärker umsteuern – die Verkehrswende muss deutlich an Fahrt gewinnen. Um den öffentlichen Nahverkehr auszubauen, brauchen die Städte in den kommenden Jahren deutlich mehr Unterstützung von Bund und Ländern. (…) Hier müssen wir hartnäckig weitermachen, um mehr zu erreichen.

Kommunale Finanzen

Auch bei der kommunalen Finanzausstattung haben wir einiges zu tun: (…) Bei der Fortführung der Flüchtlingsfinanzierung ab 2020 ist noch nicht alles in trockenen Tüchern. Integration ist Daueraufgabe und kostet Geld. Allein die Übernahme der Unterkunftskosten für anerkannte Flüchtlinge durch den Bund reicht nicht. Bund und Länder müssen einen Weg finden, der den realen Aufwendungen der Kommunen für Flüchtlinge gerecht wird und die Ausgaben für Geduldete einbezieht.

Kommunikation und Digitalisierung – Städte im Aufbruch

Die Frage, wie wird sich unsere Kommunikation und unser Miteinander im digitalen Zeitalter verändern, wird eine große Herausforderung, der wir uns in den Städten und Stadtgesellschaften stellen müssen. Die Digitalisierung verändert das Zusammenleben der Menschen, das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und Staat sowie das persönliche Empfinden der Menschen. Die Städte sind gefordert, Orientierung und Antworten zu geben. Es braucht Mut und Vertrauen aller, neue Wege zu gehen und alte Gewohnheiten zu überwinden. Es geht nicht um die maximale Digitalisierung, sondern um den smarten, eben den klugen und effizienten Einsatz von digitalen Produkten und Dienstleistungen, um die Lebensqualität zu verbessern. Nicht alles, was technisch machbar ist, muss auch politisch sinnvoll sein. Und wir müssen mit den uns anvertrauten Daten verantwortungsvoll umgehen. Es muss sichergestellt sein, dass staatlich erhobene Daten auch beim Staat bleiben.

Wir in unseren Rathäusern und Ämtern sind und bleiben offene Orte für persönlichen Kontakt und Beratung. Aber natürlich müssen wir auch moderner werden. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass unsere Verwaltungen nutzerfreundlich und unkompliziert arbeiten, unabhängig von Öffnungszeiten und Fahrtwegen. (…) Auch bei Digitalisierungsvorhaben wird es darum gehen, diese der Bürgerschaft und auch unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gut zu vermitteln und zu erklären, um Verunsicherung und Ängsten vorzubeugen. (…)

Dank und Ausblick

Ich bin geehrt und stolz und freue mich auf meine neue Aufgabe. Lassen Sie uns zusammenhalten bei der Arbeit für unsere Städte. Unser herzlicher Dank gilt der Stadt Dortmund für die drei wunderbaren Tage, er gilt Oberbürgermeister Ullrich Sierau und allen Mitwirkenden aus der Stadt. (…) 2021 werden wir mit unserer Hauptversammlung zu Gast in Erfurt sein dürfen.

Sachkundige Beratung in den Foren

In aufeinander bezogenen Themenforen diskutierten die Delegierten mit externen Gästen zentrale Aspekte des diesjährigen Leitthemas „Zusammenhalten in unseren Städten“.

Forum A Städte leben Zusammenhalt – Vielfalt und Integration gehören dazu

Moderation: Aslı Sevindim, Moderatorin WDR, Aktuelle Stunde; Gesprächsrunde: Prof. Dr. Thomas K. Bauer, Vorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration; Wolfgang Griesert, Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück und Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages; Serap Güler, Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen.

Forum B Haushalts- und Sozialpolitik nachhaltig gestalten – für Jung und Alt

Moderation: Michael Brocker, WDR-Moderator; Gesprächsrunde: Katja Dörner, Stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen; Dr. Matthias Haß, Sächsischer Staatsminister der Finanzen; Prof. Dr. Carsten Kühl, Geschäftsführer und Institutsleiter des Deutschen Instituts für Urbanistik.

Forum C Gemeinsam Herausforderungen meistern – in Europa und weltweit

Moderation: Monika Zimmermann, Moderatorin; Gesprächsrunde: Luisa Neubauer, Sprecherin der Jugendklimainitiative „Fridays for Future“; Ullrich Sierau, Oberbürgermeister der Stadt Dortmund; Marlehn Thieme, Präsidentin der Welthungerhilfe.

Forum D Hochkultur und Freie Szene – Zusammenhalten im Quartier

Moderation: Peter Grabowski, Fachjournalist; Gesprächsrunde: Ulrich Aengenvoort, Direktor des Deutschen Volkshochschul-Verbandes; Janina Benduski, Vorsitzende des Bundesverbandes für Freie Darstellende Künste; Marianne Grosse, Beigeordnete der Stadt Mainz im Dezernat für Bauen, Denkmalpflege und Kultur; Dr. Peter Kurz, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim und Mitglied im Präsidium des Deutschen Städtetages.

Forum E Mobilität in Stadt und Region – nachhaltig und gemeinsam

Moderation: Judith Schulte-Loh, Moderatorin WDR; Gesprächsrunde: Michael Ebling, Oberbürgermeister der Stadt Mainz und Mitglied im Präsidium des Deutschen Städtetages; Christine Fuchs, Vorstand der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen e.V. (AGFS); Stefan Gerwens, Leiter des Ressorts Verkehr beim ADAC; Hubert Jung, Verkehrsvorstand Dortmunder Stadtwerke DWS21.

Interfraktionelle Frauensitzung: Gleichstellung – ein Gradmesser für Demokratie und Zusammenhalt in den Städten

Moderation: Andrea Blome, Journalistin und Beraterin; Gesprächsrunde: Sonja Leidemann, Bürgermeisterin der Stadt Witten und Vorsitzende des Frauen- und Gleichstellungsausschusses des Deutschen Städtetages; Dr. Julia Paulus, Referentin für Frauen- und Geschlechtergeschichte, LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte; Judith Rahner, Bildungsreferentin der Amadeu Antonio Stiftung, Berlin; Bettina Wilhelm, Landesbeauftragte für Frauen, Bremen.

Deutscher Städtetag

Ausschuss für Frauen und Gleichstellungsangelegenheiten: Neue Vorsitzende des Ausschusses ist Bürgermeisterin **Sonja Leidemann** aus Witten. Sie folgt auf Helga Hentschel, Abteilungsleiterin in der Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, die das Amt seit Oktober 2017 innehatte. Stellvertretende Vorsitzende ist die Landesfrauenbeauftragte Bettina Wilhelm aus Bremen.

Neu im Amt

Neustadt am Rübenberge: **Dominic Herbst** (Bündnis 90/Die Grünen) wird neuer Bürgermeister von Neustadt am Rübenberge. Er folgt auf Uwe Sternbeck (Bündnis 90/Die Grünen), der seit 2004 im Amt ist und nun nicht mehr zur Wahl antrat. Seit 2013 engagiert sich Sternbeck im Präsidium des Deutschen Städtetages und seit 2007 im Hauptausschuss. Dominic Herbst tritt sein Amt am 1. November an.

Rostock: Neuer Oberbürgermeister der Stadt Rostock wird der parteilose Däne **Claus Ruhe Madsen**. Madsen ist somit der erste deutsche Oberbürgermeister ohne deutschen Pass. Er folgt auf den parteilosen Roland Methling, der seit 2005 an der Spitze der Hansestadt Rostock steht und nicht mehr zur Wahl antrat.

Saarbrücken: **Uwe Conradt** wird neuer Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Saarbrücken. Der Christdemokrat tritt sein Amt am 1. Oktober an und folgt auf Charlotte Britz. Die Sozialdemokratin ist seit 2004 Oberbürgermeisterin von Saarbrücken. Britz engagiert sich seit 2013 im Präsidium und seit 2004 im Haupausschuss des Deutschen Städtetages. Seit 2015 ist sie außerdem Stellvertreterin des Präsidenten des Deutschen Städtetages.

Wiesbaden: Neuer Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden ist **Gert-Uwe Mende**. Der Sozialdemokrat folgt auf Sven Gerich (SPD), der nicht mehr zur Wahl antrat. Gerich stand seit 2013 an der Spitze der Stadt. Seit 2016 engagierte er sich im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Mende trat sein Amt am 2. Juli an.

Wilhelmshaven: Neuer Oberbürgermeister der Stadt Wilhelmshaven wird **Carsten Feist**. Er ist parteilos und folgt auf Andreas Wagner (CDU), der sich nicht mehr zur Wahl stellte. Wagner ist seit 2012 Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages und steht seit 2011 an der Stadtspitze. Feist tritt sein Amt am 1. November an.

Geburtstage

Der Oberbürgermeister der Stadt Augsburg, **Dr. Kurt Gribl** (CSU), feiert am 29. August seinen 55. Geburtstag. Er engagiert sich seit 2014 im Präsidium und seit 2008 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Außerdem ist er seit 2015 Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages. Seit 2017 ist er Vorsitzender des Bayerischen Städtetages.

Sebastian Remelé (CSU), Oberbürgermeister der Stadt Schweinfurt, wird am 30. Juli 50 Jahre alt. Er steht seit 2010 an der Spitze der Stadt Schweinfurt.

Fotos der Personalien:
Stadt Witten; privat; Ecki Raff; Carsten Simon; Angelika Aschenbach; Daniela Schworm; Barbara Gandenheimer; Stadt Schweinfurt.

Termine

Umwelt	**Die pestizidfreie Kommune** 2. Fachtagung des Umweltbundesamtes und des BUND unter Schirmherrschaft des Deutschen Städtetages 9. bis 10. September 2019 in Dessau-Roßlau Weitere Informationen unter **www.umweltbundesamt.de**
Stadtentwicklung	**13. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik** 13. Bundeskongress des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat gemeinsam mit der Bauministerkonferenz der Länder, dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund 18. bis 20. September 2019 in Stuttgart Weitere Infos unter **www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de**
Digitalisierung	**Smart Country Convention 2019** Ausstellung, Networking, Weiterbildungsangebot und Vortragsprogramm zu digitalen Lösungen für Verwaltung und im öffentlichen Dienst 22. bis 24. Oktober 2019 in Berlin Weitere Informationen unter **www.smartcountry.berlin**
Demografie	**„Kommunen innovativ" – Neue Wege zu zukunftsfähigen Kommunen** Fachkonferenz 2019 der BMBF-Fördermaßnahme 11. bis 12. September 2019 in Halle Weitere Informationen unter **www.staedtetag.de**
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	**Seminar für städtische Pressearbeit und Kommunikation** Seminar des Deutschen Städtetages 25. bis 27. September 2019 in Baden-Baden Weitere Informationen unter **www.staedtetag.de**

ISSN: 2193-5491

Berlin/Köln, Juli 2019

Herausgeber: Deutscher Städtetag
Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Telefon: 030/377 11-0
Gereonstraße 18–32, 50670 Köln, Telefon: 0221/377 1-0
E-Mail: post@staedtetag.de, Internet: www.staedtetag.de, @staedtetag
Geschäftsführendes Präsidialmitglied Helmut Dedy
Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion: Uwe Schippmann
Gestaltung: Elke Postler Druck: Media Cologne GmbH, Hürth
Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,
Telefon: 02224/1874-510, Fax: 02224/1874-495, E-Mail: diederichs@medeya.de